

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 67 II.
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Beizungzeit seid Ihr nichts — Vereintigt alles!

Manuskripte für die sechs gespaltene Kleinzeile 150 Mark.
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27,
Magazinstr. 67 II (Telefonkonto 5886), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis monatlich 150 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

An die Arbeiter aller Länder!

Der Frieden Europas ist neuerlich in Gefahr. Der Krieg ist noch nicht da, aber es kann dazu kommen, wenn die international vereinigten Arbeiter dieser Gefahr nicht entgegenwirken.

Überall ist die Reaktion am Werke und sucht ihre Herrschaft zu festigen. Überall zeigt sich sozialer Rückschritt. Und die gleiche Tendenz ist in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht wahrzunehmen.

Diktatur und Faschismus in allen Spielarten sind das Gepräge unserer Zeit. Beides Bewegungen, die auf den Untergang der Freiheit zielen.

Diese Situation hinzunehmen, würde heißen, eine sichere Verflavung in der Zukunft akzeptieren.

Es hieße anerkennen, daß von jetzt ab Gewalt und Unrecht, soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung über die Völker allein Macht haben sollen.

Es hieße sich mit der Herrschaft brutaler Gewalt abfinden und Verzicht leisten auf eine Ordnung der Freiheit und menschenwürdiger Arbeit, die zu errichteten Aufgabe der Arbeiterorganisationen der ganzen Welt ist.

Die Arbeiterorganisationen werden an ihrem Ideal nicht Verrat üben. Dieses Ideal ist ihr gemeinsames und geheiligtes Gut, die Rechtfertigung ihres Daseins, ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Wenn ihre Freiheiten in Gefahr geraten, die Errungenschaften der Vergangenheit bedroht werden, dürfen die Arbeiter nicht untätig bleiben.

Wenn die Bürokratie der ganzen Welt, um ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft zu befestigen, die Rückkehr zu langen Arbeitszeiten und niedrigen Löhnen anstrebt, die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Freiheit verlangt und die Wiederkehr jener Zeit, in der sich das Unternehmertum von Gottes Gnaden dünkte, dann fordert Pflicht und Interesse der Arbeiterschaft, dieses schändliche Vorhaben zunichte zu machen und es zu beantworten mit einem Kampf für neue Freiheiten und ein besseres Dasein.

Die Befreiung der Arbeiter verlangt zunächst die Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte, die dazu dienen sollen, neue zu erwerben. Gegenüber dem internationalen Zusammenschluß der Profitmacher und Ausbeuter muß die internationale Solidarität des organisierten Proletariats eine Tatsache werden.

Je dreister sich die Reaktion gebärdet, je kühner die Angriffe auf die freiheitlichen Ideen und die Würde der Arbeit werden, um so intensiver müssen sich die Massen zur Wehr setzen.

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“ Das will heißen, daß die Arbeiter nur durch eigene Kraft und ihre eigenen Mittel, und nur durch diese allein, imstande sind, das entwürdigende Joch der modernen Lohnsklaverei abzuwerfen und durch neue moralische und materielle Erfolge ihre endgültige Befreiung vorzubereiten.

Der 1. Mai 1923 muß in entscheidender Weise der Welt das Erwachen des Bewußtseins der international organisierten Arbeiterklasse künden.

Die Nöte der Gegenwart und die Gefahr neuer blutiger Konflikte müssen, weit davon entfernt, uns zu entmutigen, unsern Glauben im Gegenteil noch festigen und neue Begeisterung und Entschlossenheit wecken, um die Mächte der Finsternis und Unterdrückung endgültig zu besiegen.

Immer drohender werden diese Gefahren, und darum muß auch unsere Aktion eine immer energischer werden.

Nationalismus, Imperialismus, Militarismus wünschen ein neues Blutbad herbei, von dem sie sich ein neues Erwürgen der Völkerfreiheit versprechen.

Die Arbeiter aber wollen den Frieden, der die Arbeit von ihren Fesseln befreit, den Völkern ihre Unabhängigkeit sichern und eine bessere Zukunft vorbereiten soll.

Möge der 1. Mai 1923 in überwältigender Weise diesen Willen kundtun, der sich auf Verwirklichung und Recht stützen kann. Und möge das Proletariat aller Länder in diesem traditionellen Tag der Arbeiterforderungen der Welt die unbezwingliche Macht der internationalen Solidarität der Arbeit demonstrieren.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

- J. H. Thomas (England), Vorsitzender,
 - L. Jouhaux (Frankreich)
 - Th. Leipart (Deutschland)
 - E. Mertens (Belgien)
 - E. Fimmen
 - J. Dudgeest
 - J. Sassenbach
 - John W. Brown
- } Vizenvorsitzende,
} Sekretäre.

Zum 1. Mai 1923.

Mit der Proklamierung des 1. Mai zum Weltfeiertag der Arbeit auf dem Pariser internationalen Arbeiterkongress im Jahre 1889 wurde das gesamte Weltproletariat zu internationalen Handeln und Wollen und zu internationaler Klassen-solidarität gegenüber dem gemeinsamen Feind, dem Kapital, aufgerufen. Die Forderungen der Maibotschaft gaben der Arbeiterbewegung aller Länder neue Schwingen. Die Forderung nach dem Achtstundentag, dem Ziel der Maiforderung, belebte die Kampftätigkeit und Kampfreudigkeit des Proletariats in nie geahnter Weise. Es war ein großer, ein erhabener Gedanke, zu gleicher Zeit Millionen von Herzen schlagen zu lassen für ein gleiches Ziel, für die Befreiung der Arbeit. Mit hoher Befriedigung wurden die Maiforderungen von dem gesamten Weltproletariat entgegengenommen, und seltene Begeisterung begleitete es in den Kampf um die Durchsetzung dieser Forderungen. Der hehre Gedanke der Maienbotschaft, so kühn er auch war, er hat die Herzen der Arbeitercharen der gesamten Kulturwelt im Fluge erobert. Der Gedanke der Maienbotschaft war es auch, der das internationale Proletariat in seinen Auswirkungen zu einheitlichem und solidarischem Handeln und Wollen zusammenführte. Heute, nach 34 Jahren, ist der Achtstundentag fast in allen kapitalistischen Staaten Europas als die tägliche Arbeitszeitnorm anerkannt. Daß der Krieg mit seinem Ausgang mit zur Durchführung des Achtstundentages gewirkt hat, soll nicht bestritten werden.

Achtstundentages

Die Forderung des aber war getragen von der Arbeiterschaft aller Richtungen und Glaubensbekenntnisse und aller Länder, und er hätte sich gegen alle Gewalten der Welt durchgesetzt.

Durch den Achtstundentag ist zweifellos Raum gewonnen worden für die Bildung und Heraushebung des Arbeiters vom bloßen Ausbeutungsobjekt zur Persönlichkeit, die nicht mehr instinktmäßig, sondern bewußt handelt, die, verbunden mit der Gesamtheit ihres Standes, zu einheitlichem Wollen und Handeln mehr als bisher alles Geschehen zu beeinflussen vermag. Die Arbeiterschaft findet durch den Achtstundentag Muße, um sich geistig über die Rolle, die ihr in der kapitalistischen Wirtschaft zugewiesen wird — lediglich die Maschinen zu bedienen und Werte zu schaffen —, hinauszuarbeiten. Die Früchte des Achtstundentages können aber nicht von heute auf morgen reifen. Die Arbeiterklasse wird strenge Selbstzucht üben müssen, um die Früchte zur vollen Reife zu bringen. Die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe und die fortschreitende Entwicklung wird die Arbeiterschaft anfeuern, an sich selbst in selbstlosem heiligem Streben zu arbeiten, um geistig die Höhe zu erklimmen, die notwendig ist, um Staat und Wirtschaft beherrschen zu können. Nicht um zu herrschen, sondern um sie in sozialistischem Sinne umzustellen und zu leiten.

Der Achtstundentag ist die Etappe, von welcher aus die Arbeiterklasse die Fähigkeiten entwickeln und entfalten wird, deren sie bedarf, um die Wirtschaft geistig zu erobern. Die geistige Eroberung der Wirtschaft und des Staates, mittels der sie vermag, alle Funktionen der Wirtschaft und des Staates auszuüben, ist neben der Gewinnung der politischen Macht die erste Voraussetzung, um an die Stelle der kapitalistischen die sozialistische Wirtschaft zu setzen.

Mit Wissen und Macht wird die Arbeiterklasse sich durchsetzen, und der Sozialismus wird über den Kapitalismus triumphieren.

Das Unternehmertum hat erkannt, daß unter dem Zeichen des Achtstundentages die Arbeiterklasse die geistigen Fähigkeiten und Energien entwickeln wird, die sie zur Beherrschung des Produktionsapparates notwendig hat. Deshalb bekämpft das Unternehmertum den Achtstundentag. Die Arbeiterklasse soll keine Ruhe finden, die ihr gestattet, sich über die Linie hinaus zu bilden, die als Voraussetzung für die Bedienung der Maschinen nach dem jeweiligen Stand der Technik notwendig ist. Der Arbeiter soll bloß Objekt sein. Deshalb das Streben der Unternehmer nach einem längeren Arbeitstag. Je länger der Arbeitstag, um so weniger denkt der Arbeiter, um so leichter läßt er sich ausbeuten, um so weniger Streben nach völliger Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft und nach Befreiung der kapitalistischen Wirtschaftsform.

Die Unternehmer schützen vor, daß wirtschaftliche Notwendigkeiten eine längere Arbeitszeit als den Achtstundentag bedingen. Stinnes hat im Reichswirtschaftsrat die Stellung des Unternehmertums zum Achtstundentag scharf umrissen. Er forderte auf 15 Jahre hinaus die Suspendierung des Achtstundentages und an Stelle dessen die 10- bis 12stündige Arbeitszeit. Die geleistete Mehrarbeit über acht Stunden hinaus soll nicht bezahlt werden. Stinnes will dann Reparationen leisten; Stinnes glaubt dann an die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft. Was Stinnes hier zum Ausdruck brachte, das ist das Programm der deutschen Unternehmerschaft. In nächster deutscher Uebersetzung heißt dies: der deutschen Arbeiterklasse sollen durch Mehrarbeit die Reparationspflichten auferlegt werden, damit das Kapital von jedem Opfer verschont bleibt. Zum anderen bedeutet die Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 bis 12 Stunden die Arbeiterklasse wieder in die geistige Abhängigkeit des Unternehmertums zu stellen. Gegen diese Gelüste des Unternehmertums muß sich das Proletariat mit aller Entschiedenheit wehren.

Der Achtstundentag ist heute mehr denn je gefährdet.

Das deutsche Kapital hat bis heute in der Ruhrpolitik keine positiven Vorschläge gemacht, die geeignet gewesen wären, das Ruhrabenteuer zu beenden. Das deutsche Kapital verhält sich so, als ob man ein Diktat des französischen Imperialismus erwartete. Es hofft dann, unter dem Diktat Frankreichs der deutschen Arbeiterklasse den achtstündigen Arbeitstag zu rauben. Es hat heute mehr denn je den Anschein, als ob an der Ruhr die Frage des achtstündigen Arbeitstages entschieden werden sollte.

Die deutsche Arbeiterschaft muß deshalb am 1. Mai nicht nur entschieden Protest einlegen gegen das Machtstreben des französischen Imperialismus, der der Völkerverheerung, dem Völkerverfall neue Nahrung gibt, sondern sie muß auch Verwahrung einlegen gegen das Verhalten des deutschen Kapitals, gegen das Verhalten der deutschen Regierung.

Wir wollen am 1. Mai laut und vernehmlich unsere Stimmen erheben, daß man es in der ganzen Welt hört: die

deutsche Arbeiterklasse, sie will ihren Teil zu den Reparationsverpflichtungen übernehmen, dieses kann aber nur geschehen innerhalb der Grenzen der achtstündigen Arbeitszeit. Sie verlangt aber von der Regierung, daß sie endlich den Besitz verpflichtet, größere Reparationsleistungen aufzubringen. Was gegenwärtig in Deutschland geschieht, das läuft darauf hinaus, den Besitz mehr denn je zu schonen. Schon während des Krieges und nach dem Krieg hat es das Unternehmertum verstanden, große Teile seines Besitzes ins Ausland zu bringen. Der beste Beweis hierfür ist Stinnes. Stinnes hat nach dem Krieg in allen europäischen Ländern große Unternehmungen gegründet. Stinnes gleich taten es andere.

Gegenwärtig ist man daran, die Ausfuhrkontrolle zu befestigen. Die Außenhandelsstelle für Leder und Schuhwaren ist bereits befestigt. Die Befestigung der Außenhandelskontrolle bedeutet nichts anderes, als der Verschlebung deutschen Besitzes nach dem Ausland jeden Vorstoß zu leisten. Das Kapital geht hier zielbewußt vor. Es will alle Mittel, die zur Reparationsleistung herangezogen werden könnten, ins Ausland bringen, damit dann letzten Endes nur der Arbeiter bleibt, der die Verpflichtungen, die uns auferlegt werden, einlösen soll. Die Arbeiterschaft weiß, um welchen Preis der Kampf geführt wird. Aus diesem Grunde mag sie auf der Wacht sein, mag sich kampfbereit halten, daß sie den weiteren Ansturm auf den achtstündigen Arbeitstag zurückzuweisen in der Lage ist.

Am 1. Mai muß die Arbeiterschaft nicht nur in machtvollen Demonstrationen für die Erhaltung des Achtstundentages eintreten, sondern sie muß sich auch entschieden gegen den französischen Militarismus und Imperialismus wenden. Was Frankreich an der Ruhr verübt, ist die Fortsetzung des Krieges von 1914. Die Kriegsflamme wird durch dieses Vorgehen neu aufgeführt, erhält neue Nahrung. Die Völker aber wollen in Frieden und Eintracht die Trümmer des Krieges befeitigen und mit gegenseitiger Hilfe wieder aufbauen, was der Krieg vernichtet hat. Deshalb fordern wir am 1. Mai freie Bahn für die Entwicklung und Schaffensfreudigkeit der Völker, denn nur diese garantieren den Völkern Frieden und die Wohlfahrt der Völker.

Wir erheben aber auch lebhaften Protest gegen diejenigen, die mittels der Gewalt die Republik zu befeitigen versuchen, die fortgesetzt Gewalt predigen und den Bürgerkrieg fordern und vorbereiten.

Die Arbeiterschaft muß am 1. Mai zeigen, daß sie nicht gewillt ist, sich von diesen Kreisen länger provozieren zu lassen.

Die Textilarbeiterklasse hat deshalb die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der 1. Mai ein Demonstrationstag wird, wie noch nie zuvor. Verkünden wir der Welt, was wir wollen. Zeigen wir aber auch durch maßvolle Demonstrationen, daß wir alles daransehen, um unsere Forderungen durchzusetzen.

**Hoch der Weltfeiertag!
Hoch der Achtstundentag!
Nieder mit dem Militarismus und Imperialismus!
Nieder mit den Feinden der Republik!**

Inhalt: Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes. — **Enttäuschungen.** — Geld stinkt nicht! — Die Wuchererbämpfung im Jahre 1922. — Leitfäden zur Förderung der Unfallversicherung im Textilmaschinenbau. — **Kochsalz:** Die „Rote Fahne“ und der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet Ende März 1923. — Jugend. — **Bücherrevue.** — Soziale Rundschau. — **Berichte aus Fachkreisen.** — Briefkasten. — **Bekanntmachungen.** — In die Ortsverwaltungen! — **Anzeigen.** — **Unterhaltungsteil:** Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung (IX).

Marktstützung und Lohnforderungen.

Einige Arbeitgeberverbände der Textilindustrie haben in der letzten Zeit die Lohnforderung der Arbeiterschaft abgelehnt, ohne daß sie vorher über die gestellten Forderungen in Verhandlungen eingetreten sind. Daß sie sich bei ihrem ablehnenden Standpunkt lediglich auf das bekannte Arbeitgeberumdeuteln und die Weigerung des Wirtschaftsministers Dr. Becker-Hefen gestützt haben, versteht sich am Rande.

Die Vereinigten Arbeitgeberverbände der Textilindustrie von München-Gladbach-Rheindt und Umgebung sind noch so weit gegangen, unserer Verbandsleitung in einem längeren Schriftstück ihre ablehnende Haltung zu begründen. Wenn wir nicht so stark unter Raumangel litten, dann würden wir in Verlesung geraten, das gesamte Schriftstück im „Textilarbeiter“ zum Abdruck zu bringen, um unseren Kollegen zu zeigen, was Geistesfind so ein Unternehmer Syndikus ist. Leider müssen wir uns damit begnügen, nur einige Sätze herauszugreifen. Einleitend wird in dem Schreiben gesagt: „Die derzeitigen Verhältnisse bedingen eine arbeitseigenständige Behandlung und Erledigung aller auftretenden Fragen. Arbeitsgemeinschaft bedeutet, daß der Arbeitgeber sozial empfindet, der Arbeitnehmer wirtschaftlich denkt.“

Die gestellte Lohnforderung läßt das unerläßliche wirtschaftliche Denken vermissen. Daß in den Augen eines Unternehmersyndikus jede seitens der Arbeiterschaft gestellte Lohnforderung das „unerläßlich wirtschaftliche Denken“ vermissen läßt, können wir uns sehr wohl vorstellen. Wirtschaftlich gedacht und wirtschaftlich gehandelt ist es nur dann, wenn die Unternehmer sich über alle Kräfte an der Arbeitskraft bereichern können. Das soziale Empfinden der Unternehmer ist der Arbeiterschaft zur Genüge bekannt. Mit derartigen Predigten an die Arbeiterschaft sollte man nicht versuchen, Lohnforderungen, die aus der Not der Zeit gestellt sind, abzulehnen. Interessant ist es dann auch, wenn der Syndikus Dr. Mertens sagt: „Die Industrie darf aber auch keine Lohnhöhen geben, denn mit weiteren Lohnhöhen würden sie alle regierungsseitig zur Stützung der Marktunternommenen Versuche vereiteln, und zwar nicht zuletzt zum Schaden der Arbeitnehmer selbst.“ Sollte denn dem Herrn Syndikus Dr. Mertens nicht bekannt sein, daß trotz der Marktstützungsversuche seitens der Regierung die Textilunternehmer die Preise für ihre Fertigfabrikate ohne jeden Grund weiter erhöht haben? Sollte denn ihm nicht bekannt sein, daß trotz der Marktstützung die Preise immer weiter in die Höhe getrieben worden sind? Wenn ihm dies bekannt ist, dann hätte er es unterlassen sollen, mit einer solchen Begründung eine weitere Lohnforderung der Arbeiterschaft abzulehnen.

In dem Schreiben wird dann noch an einer anderen Stelle gesagt: „Es wird stets nach neuen Gründen gesucht, um die Lohnhöhen zu rechtfertigen, ohne daß die langjährige Erfahrung die Erkenntnis vermittelt hätte, daß Lohnsteigerung ohne gleichzeitige Produktionssteigerung vollkommen wertlos ist.“ Dies bedeutet nichts anderes als einen Angriff auf den Achtstundentag. Der Syndikus Mertens fordert in einer Zeit, wo die Textilindustrie kaum zur Hälfte beschäftigt ist, Erhöhung der Produktion. Wie sie geschehen soll, bleibt Geheimnis des Herrn Syndikus Dr. Mertens. Wenn es darauf anlämte, Produkte zu schaffen, um die Preise herabzumindern, so müßte auch dann produziert werden, wenn Bestellungen nicht vorlägen, lediglich zu dem Zweck, um die Produkte wohlfeiler zu gestalten. Aber dieses gerade verhindert ja die kapitalistische Wirtschaft. In der kapitalistischen Wirtschaft will man aus jedem Produkt den höchstmöglichen Preis heraus schlagen. Gerade darin liegt die Ursache, weshalb die Preise für Textilfertigfabrikate viel höher stehen, als dies die Rohstoffsteigerung bedingt und daß in Zeiten der niedergehenden Konjunktur die Maschinen stillgelegt werden, damit keine Preisverluste eintreten.

Der Herr Syndikus Dr. Mertens verweist dann auf einen Artikel im „Textilarbeiter“ vom 6. April 1923 unter der Überschrift „Der Anschlag der Industrie und ihrer Regierung auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft“. Er versucht nachzuweisen, daß die Steigerung der Textilien im Textilrohstoffpreise liegt. Dies stimmt aber nicht. Wir wissen, daß der Rohstoffpreis wesentlich gestiegen ist, aber die Preise für Fertigfabrikate sind in weit höherem Maße gestiegen, als dies durch die Steigerung des Dollars und der Rohstoffpreise begründet werden kann. Er vergißt bei seinem Vergleich, daß die Löhne, die im Fertigfabrikat stecken, von der ersten Rohstoffbearbeitung bis zum Fertigfabrikat immerhin einen erheblichen Teil am Produkt ausmachen, daß die Löhne aber wesentlich unter dem Entwertungsfaktor der Markt stehen, währenddem die Unternehmer für das Fertigprodukt Preise verlangen, die der Dollarsteigerung plus Rohstoffsteigerung voll angepaßt sind. Es kommt weiter hinzu, daß der deutsche Textilindustrie bisher Kohlen und andere Materialien infolge der niedrigen Arbeitslöhne zu weit günstigeren Bedingungen zur Verfügung standen, als wie dies in den Konkurrenzländern der Fall gewesen ist. Die Dinge liegen so, daß wohl der Unternehmer Goldpreise verlangt,

die Arbeiterschaft aber mit schlechter Papiermark, die weit unter dem Entwertungsgrade der Mark liegt, ablohnt. Der Gewinn an der billigen Arbeitskraft fließt in die Taschen der Textilunternehmer. Goldlöhne sind bis heute von der Arbeiterschaft noch nicht gefordert worden. Was die Arbeiterschaft fordert, ist lediglich, daß ihr eine Lohnhöhe zugebilligt wird, entsprechend der weiteren Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Eine Marktstützung kann nicht allein auf Kosten des Arbeitslohnes durchgeführt werden. Die ganze Marktstützung hatte bis heute nichts anderes als die Herabdrückung der Arbeitslöhne zur Folge.

Wie „ernst“ es den Unternehmern um die Marktstützung zu tun ist, zeigt schon der Umstand, daß die Unternehmer ohne jeden berechtigten Grund höhere Preise — trotz der Marktstabilisierung — für die Fertigfabrikate verlangen. Die Bemühungen der Unternehmer, durch Verweigerung von Lohnhöhen der Marktstützung zu dienen, laufen doch auf nichts anderes hinaus, als aus der Marktstützung Profit zu schlagen. Denn wenn die Unternehmer die Marktstützung nicht zur Lohnrückführung benötigen und wenn es ihnen wirklich ernst um die Marktstützung zu tun wäre, dann dürften sie keine unberechtigten Preiserhöhungen vornehmen. Das Kapitel der Devisenspekulation und anderes wollen wir hier nicht ansprechen, obwohl es sehr verlockend wäre, das Unternehmertum in seiner ganzen Glorie zu zeichnen.

Wir verweisen darauf, daß die Tuchkonvention bereits an ihre Abnehmer geschrieben hat, daß sie sich darauf gefaßt machen müssen, daß die Tuchkonvention die Preise wesentlich erhöhen müßte.

Die Gesellschaft ist aus zwei großen Klassen zusammengesetzt: die mehr zu essen als Appetit, und die mehr Appetit als zu essen haben.

Nicolas Chamfort.

Interessant ist ferner, was die „Boschische Zeitung“ in Nr. 175 vom 14. April 1923 in einem Artikel „Gleiches Maß in der Wuchererbämpfung“ über den Profithunger der Textilunternehmer sagt:

„Da sind zunächst die Lieferungsbedingungen einer ersten Baumwollfirma, die für 1 Proz. Lohnhöhung beinahe 1/2 Proz. Erhöhung des Kaufpreises beansprucht, obwohl der Anteil der Löhne am Fertigprodukt sicherlich nicht einmal ein Drittel beträgt. Diese Firma vergißt ihre vom Einzelhändler geleistete Vorauszahlung mit 2 Proz. über Reichsbankdiskont, beansprucht aber ihrerseits für Verzugszinsen 4 Proz. über Reichsbankdiskont. In einem anderen Paragraphen ihrer Lieferungsbedingungen wird gesagt: Abweichungen in Dessin, Qualität, Farbe, Breite, Größe, Ausrichtung bleiben vorbehalten. Und in einem anderen Abschnitt wird noch hinzugefügt, daß die Firma das Recht hat, Ersatzware zu liefern. Auf Grund dieser Bedingungen ist sie also zunächst in der Lage, anstatt einer blau-weiß karierten Tischdecke ein rot und grün gestreiftes Taschentuch zu liefern. Aber darüber hinaus gibt ihr der Passus betreffs der Ersatzware das Recht, an Stelle der erwähnten Tischdecke ein paar Damenhemden in demselben Gesamtbetrag oder irgend etwas anderes Derartiges zu liefern. Dann hat die Firma das Recht, an Stelle von Damast-Bettwäsche solche aus Baumwolle oder gar aus Papierstoff zu liefern.“

Nun zum Kapitel Preis erhöhung. Einer der ersten sächsischen Trikotfabrikanten bietet am 26. Februar eine Malo-Herrenjackete mit 6 1/2 Schweizer Franc und eine einfache Hose mit 7,40 Schweizer Franc an. Der Friedenspreis derartiger Hosen betrug höchstens 5,50 Mk. im Berliner Einzelhandel. Die geforderten Preise bedeuten also eine mehr als zehntausendfache Erhöhung gegenüber den Friedenspreisen.

Eine sehr bedeutende sächsische Weberei schreibt am 22. März in Beantwortung einer Anfrage betreffend den Preis von Handtüchern, daß etwa das Dreifache des Satzes des Preises vom 8. und 12. Januar als Maßstab angenommen werden könnte. Man vergleiche damit die Bewegung des Dollars. Ein anderer großer sächsischer Wirkwarenfabrikant konnte die bei ihm bestellten Unterzeuge angeblich absolut nicht liefern. Der betreffende Einzelhändler ging jedoch auf seine Ausflüchte nicht ein, und auf seine dringenden Forderungen lieferte dann auch der Fabrikant — mit 3000 Proz. Lohnhöhenzuschlag.

Ein erstes süddeutsches Haus, welches sich in der Hauptsache mit Artikeln befaßt, die Ausschmuck in Handstickerei tragen, hat im Juli 1922 Kleidchen zu 320 Mk., Taghemden zu 585 Mk., Beinkleider zu 620 Mk. und Nachthemden zu 1225 Mk. berechnet. Der Aufschlag gelangte am 9. Februar 1923 zur Ablieferung, und zwar haben die Preise folgendermaßen aus: Das Kleidchen kostete über 27 000 Mk., die Taghemden über 35 000 Mk., die Beinkleider ebenfalls und die Nachthemden 68 000 Mk. Die Fabrik hatte sich also den kleinen Aufschlag von 8000 Proz. erlaubt.

Eine Sorauer Weberei berechnet am 10. Januar drei verschiedene Sorten Kaffeegedecke mit 7167 Mk., 9785 Mk. und 10 357 Mk. Als die Gedecke einen Monat später zur Ablieferung kamen, kosteten bei einem gleichzeitigen Rückgang des Dollars von 50 000 auf 19 000 die Gedecke 28 620 Mk., 38 965 Mk. und 41 245 Mk. Allerdings wird auf diese Preise in Anbetracht des Devisenrückganges großmütig ein Nachschlag von — 10 Proz. zugebilligt.“

Wir möchten aber hierzu noch ein weiteres Beispiel anführen: Eine Firma aus Forst begründete einen Preisaufschlag gegenüber ihren Kunden damit, daß die Arbeitslöhne seit November v. J. um 1000 Proz. gestiegen wären. Von dem Kunden wurde bei dem Textil-

arbeiterverband in Forst angefragt, in welcher Weise in diesem Zeitraum tatsächlich die Löhne gestiegen seien. Unsere Geschäftsstelle in Forst antwortete darauf u. a. folgendes: „Der Webersohn im Monat November 1922 betrug 132 Mk. plus 15 Proz. Akkordzuschlag gleich 151,80 Mk. die Stunde. Ab 1. Februar 1923 betrug der Webersohn 800 Mk. plus 15 Proz. Akkordzuschlag gleich 920 Mk. die Stunde. Das ist eine Lohnhöhung vom November bis Februar von rund 500 Proz.“

So setzen die ehrlichen Seemänner von Textilunternehmern aus. Man muß in solchen Fällen „Ehrlich“ dann immer groß schreiben. So arbeitet das Textilunternehmertum. Hierfür wird dann jedenfalls der Herr Syndikus Dr. Mertens die Note „besonderes wirtschaftliches Denken“ geben.

In Stuttgart hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt, nach welchem „die bisherigen Löhne fortbestehen“. Zur Begründung dieses Schiedspruches wird dann gesagt:

„Die Beurteilung von Lohnforderungen muß im Rahmen der heute tatsächlich vorliegenden wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen. Hierbei drängt sich aber unausweichlich die derzeitige äußerst ungünstige Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage vor, die sich in der Textilindustrie in ganz besonderer Weise durch Mangel an Aufträgen und Betriebseinschränkungen auswirkt. Dies läßt, in Verbindung mit dem unbedingten Erfordernis, den großen Anstrengungen der Reichsregierung zur Stabilisierung des Marktes und zur Senkung des allgemeinen Preisniveaus so weit als möglich entgegenzukommen, nur dann eine Erhöhung der Löhne im gegenwärtigen Zeitpunkt als berechtigt erscheinen, wenn dieselben in letzter Zeit erheblich hinter der Leistungszunahme zurückgeblieben sind oder wenn sie zurzeit eine größere Spannung zu den in anderen Industrien des Landes bestehenden Löhnen aufweisen, als dies bisher im Durchschnitt der Fall war.“

Der Schlichtungsausschuß in Stuttgart hat sich ebenfalls sehr leicht gemacht. Er hat Befehle bekommen aus dem Reichswirtschaftsministerium; er hat Kenntnis von den Bestrebungen der Unternehmer und der Regierung über die Marktstützung, und dies genügt ihm, um berechnete Lohnforderungen der Arbeiterschaft in seinem Schiedspruch abzulehnen. Der Schiedspruch weist wenig selbständiges und wirtschaftliches Denken auf, dafür aber desto mehr Subordination.

Enttäuschungen.

Die verfloffene Woche hätte eine Woche der Entscheidung sein können. Die Rede des Außenministers Rosenbergs stand in Aussicht. Die Frage war: würde nun endlich ein Angebot der Regierung erfolgen, würde nun die Regierung das ihre tun, um den Ruhrkonflikt zu beenden? Zweifellos fehlte bei der Regierung nicht die Einsicht, daß unsere Lage nicht beneidenswert ist. Sie weiß so gut wie wir es wissen, daß alle Wuchermittel sich in den Händen Frankreichs befinden, daß fast überall im Ausland die Auffassung besteht, unser Schicksal sei verdient und Frankreich habe mit dem Ruhrkrieg kein Unrecht begangen. Sie kann sich auch nicht verhehlen, daß alle Proteste wirkungslos sind; sie sind leere Gesten, auf die keine Regierung der Siegermächte etwas gibt. Die Reichsregierung hat sicher auch ein Gefühl dafür, daß die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft und des Staatsgefüges drohen, wenn sich der Ruhrkonflikt noch länger ausichtslos hinschiebt. Die Verelendung des Volkes schreit fort und im Innern des Reiches zeigen sich, wie der Fall Bayern darzut, unheilvolle Zerfallerscheinungen. Die Politik des Fortwurstelns und des schwächlichen Hinwärtens kann zu keinem ersprießlichen Abschluß führen. Sollte jetzt nicht Rosenbergs mit einem kühnen Vorstoß, mit einem tapferen Vorstoß vor die Welt treten, sollte er nicht freimütig und aufrichtig erklären: so viel können wir leisten, so viel wollen wir leisten; daß unser Angebot erfüllt werde, dafür verpflichten wir uns und alles, worüber wir verfügen?

Herr Rosenbergs tat es nicht. Diese freimütige Politik ist nicht nach dem Herzen der Nationalisten und befriedigt auch nicht die Industrie. Die Nationalisten hoffen dummpfiffig und dummdreist den Folgen der Niederlage sich entwinden und in einem Guerillakrieg — wie ihn Sitten in München bei seinen Feldübungen drückt — doch noch einen deutschen Sieg erzelen zu können. Die Industrie möchte nicht durch ein durchgreifendes Leistungsangebot der Regierung gebunden sein; das würde für sie am Ende gar hüblische Opfer bedeuten, denen sie bisher auszuweichen verstanden hat und auch in Zukunft noch ausweichen zu können hofft. So verlegte sich denn Herr Rosenbergs darauf, zu lavieren. Er jagte kein „Nein“, wie Simons es in London gesagt hatte; er machte aber auch kein greifbares Angebot. Mit einem Wort: er sagte nichts. Deshalb lobt ihn die reaktionäre Presse als einen guten Diplomaten alter Schule. Bekanntlich besteht die höchste Kunst dieser alten Diplomatie darin, mit vielen Worten nichts sagen zu können.

Das „Nichts“ des Herrn Rosenbergs war freilich sogar Herrn Stresemann zu wenig. Er ist klug genug, um zu erkennen, wie uns das Feuer auf den Nägeln brennt. Seine Voraussicht reicht hin, um zu durchschauen, daß die Katastrophe unausweichlich ist, wenn wir England und Frankreich gleichmäßig enttäuschen und vor den Kopf stoßen. Deshalb erfüllte Stresemann des Außenministers Rede mit Inhalt. Stresemann gab vor, Dinge aus den Worten Rosenbergs herausgehört zu haben, die, während Rosenbergs selbst sprach, jedermann darin vermisse hätte. Kurz, Stresemann hielt eine ausgesprochene Erfüllungsbrede. Als Fehrenbonds rein bürgerliches Kabinett in London nicht mehr weiter mußte, mußte Birich in die Bresche springen. Die Regierung Cuno wird in allernächster Zeit am Ende ihres Lateins sein; es gehört nicht viel Spürhahn dazu, um wahrzunehmen, daß Herr Stresemann sich ansieht, Reiter zu sein, wie Birich es im Mai 1921 sein wollte.

Es steht freilich dahin, ob der psychologische Augenblick für die

Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung.

Für die Textilarbeiterjugend zusammengestellt von Ernst Kietlich.

IX.

5. Der erste deutsche Webertag. (Fortsetzung.)

Der Aufruf des Meeraner Komitees war in überraschendem Maße erfolgreich. Es trafen am 28. Mai 1871 in Glauchau 147 Delegierte ein, die sich im Besitze von 134 Mandaten befanden und 85 Orte vertraten. Die Versammlung wurde am 28. Mai, abends 6 1/2 Uhr, im Theatersaal zu Glauchau eröffnet. Sie beschäftigte sich damit, die Verhandlungsleitung zu wählen und die Geschäftsordnung festzusetzen. Die Hauptverhandlungen begannen erst anderen Tags nachmittags 1/2 Uhr.

Das Hauptreferat lautete: „Wie ist es gekommen, daß die Löhne so gedrückt sind? Wie sind sie zu haben? Wie sind sie den Zeitverhältnissen entsprechend zu erhalten?“ Der Meeraner Aufruf, durch den zu diesem Webertag eingeladen worden war, hatte die Kollegen, die über einen dieser Punkte referieren wollten“, gebeten, sich zu melden. Augenscheinlich fühlte keiner der Kollegen weder Drang noch Bedürfnis in sich, ein Referat zu übernehmen. Mittlerweile aus Cerrimitzschau, der für das Hauptreferat vorgesehen war, trat eine „unausschiebbare Geschäftsreise“ an. War es Bescheidenheit, Zaghaftigkeit, Unsicherheit oder Ungehörigkeit: jedenfalls wollte kein Weber über diese Berufsfragen reden. Nun glaubte das Meeraner Komitee sich an einen Mann wenden zu sollen, dessen Name einen guten Klang unter der Arbeiterschaft hatte: an August Bebel. War er auch kein Fachmann, so wurde ihm doch das Vertrauen entgegengebracht, daß er für alles Leiden des Proletariats nicht allein Verständnis besitze, sondern es auch in Worte zu kleiden wisse. Allerdings war der Entschluß, Bebel heranzuziehen, immerhin ein gewisses Wagnis. Die politische Arbeiterbewegung war noch zerplüßert; neben den Eisenachern fanden die Casselaner; man konnte nicht

voraussehen, ob sich unter den Delegierten nicht Anhänger des Herrn von Schweizer befinden würden, die am Ende gar gegen die gewerkschaftlichen Zusammenfassungsbemühungen Widerstand schöpften, wenn Bebel als Befürworter auftrat. Aber nicht allein das: unter den Delegierten waren auch Anhänger bürgerlicher Parteien, insbesondere Anhänger des Freisinn. Das traf vor allem für die Berliner Delegierten zu. Die Freisinnigen hatten aber noch nicht vergessen, daß Bebel nach der Schlacht von Sedan aufgehört hatte, die Riegelschritte zu bewilligen, ja daß er sich auch gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen gewandt hatte. Im bürgerlichen Lager, das ganz zu Bismarcks Fahnen übergeschwenkt war, genöh dieser junge unerfahrene „vaterlandslose“ Parlamentarier nicht den besten Ruf; die Deffenlichkeit stand ihm damals mit ähnlichen Gefühlen und Werturteilen gegenüber, wie sie in diesen Tagen etwa kommunistischen Agitatoren gegenübersteht. Würden die bürgerlich gesinnten Delegierten nicht gegen Bebel protestieren, das war die Frage. Tatsächlich blieben auch einige Zwischenfälle nicht aus; offenbar wäre es einigen Berliner Delegierten lieber gewesen, wenn nicht Bebel, sondern ein anderer als Redner bestimmt worden wäre. Schließlich war aber auch das Komitee nicht sicher, ob nicht das Bebel'sche Temperament sich zu verschiedenen ungezügeltsten Seiten-sprüngen hinreißen lasse. Immerhin, das Meeraner Komitee unternahm den Versuch — und der Versuch glückte.

Bebel war als Delegierter anwesend. Er hatte sein Mandat von Bochlich empfangen. Seine Ausführungen waren des Vertrauens, das ihm geschenkt worden war, würdig. Er legte im allgemeinen dar: Er glaube, obwohl er kein Fachmann sei, in Hinblick auf das zur Aussprache gestellte Thema, Studien gemacht und Erfahrungen in Masse gesammelt zu haben. Seine Aufgabe fasse er so auf, daß er nicht allein die Gewerksinteressen, sondern die Interessen der gesamten Arbeiter zu beleuchten habe. Die Weberei sei früher auf dem Lande heimlich gewesen; da die Weber fast durchwegs kleine Grundstücke besaßen, seien sie vom Wohlstand nicht ausschließlich abhängig gewesen. Inzwischen seien aber industrielle Fortschritte erfolgt, die die Lage der Weber umgewälzt hätten. Die Weber wurden aus dem Ackerbau verdrängt und gründeten ihre

Existenz ganz und gar auf den Lohn, den sie von der aufblühenden Industrie empfangen. Der Verbrauch der Webwaren wachse Hand in Hand mit der Vervollkommnung der Betriebsweise, mit der Ergiebigkeit des Produktionsprozesses, die durch immer neue überraschende Erfindungen dauernd gesteigert werde. Die Lebenshaltung der Weber sei jedoch nicht gehoben worden. Früher fanden auch kleine Meister Absatz. Jetzt könne sich kein Arbeiter mehr zum Unternehmer aufschwingen. Trotzdem die Anwendung der Naturkraft selbstverständlich geworden sei, würde die menschliche Arbeitskraft mehr ausgenutzt als jemals. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer müsse durch eine andere Organisation beseitigt werden; an dessen Stelle müsse sich die allgemeine Gleichberechtigung setzen; die Lohnarbeit sei durch die gewerkschaftliche Arbeit abzulösen.

Zuvörderst müsse der Frauen- und Kinderarbeit entgegengetreten werden. Durch Frauen- und Kinderarbeit, die billiger sei als die Männerarbeit, würden die Löhne gedrückt. Zum Teil würden durch Frauen- und Kinderarbeit die Männer geradezu überflüssig gemacht; das Familienleben leide dadurch in moralischer, physischer und materieller Beziehung Schaden. Frauen und Kinder fügten sich widerstandslos den Anforderungen der Arbeitgeber; das führe zu ständiger Bestimmung der Arbeiter. Die Annexion von Elsaß-Lothringen sei von großem Einfluß auf die Verhältnisse der Weberbrände. (Hier wurde Bebel unterbrochen: „Wir sind Vertreter von Deutschland! Keine Politik!) Infolge der Annexion werde die schiffische Baumwollindustrie, deren Absatzmarkt bisher Frankreich war, die Ware in Deutschland zu verkaufen suchen. Die Arbeiter können ihre Lage nur verbessern, wenn sie sich in kompakten Massen zusammenschließen; die Zersplitterung der Arbeiter besorge die Geschäfte der Unternehmer. Am besten sei es, wenn man das internationale Prinzip auf die Fahne schreibe; wolle man dies aber nicht tun, so solle man wenigstens danach streben, ein freundschaftliches Verhältnis unter den verschiedenen Organisationen anzubahnen.

Bebels Referat, das mit Beifall aufgenommen worden war, löste eine lebhafteste Debatte aus.

Einleitung günstiger Verhandlungen nicht schon verpaßt ist, ob Rosenbergs Unfähigkeit nicht unendlich teuer geblüht werden muß. Gerade der Rippenstoß, den die Rede des englischen Außenministers Curzon der deutschen Regierung jüngst veretzt hat, ist ein Beweis dafür, daß die deutsche Regierung eine gute Gelegenheit unangegriffen ließ. Jedenfalls hat die Börse unter dem gleichen Eindruck gestanden. Gleich nach den ergebnislosen Reichstags-Sitzungen brach die Markt zusammen; auf der Börse herrschte die Stimmung: „Rette sich, wer kann!“ Die Marktstabilisierungsaktion der Reichsregierung erlitt eine schwere Erschütterung; die Reichsregierung erlebte, wie Genosse Herz richtig bemerkte, ihre wirtschaftliche Marne-Schlacht. Nun hatten freilich die besitzenden Kreise von Anfang an der „Marktstabilisierung“ nie getraut, sondern sie für ein Beruhigungsmittel für politische Kinder und für eine treffliche Gelegenheit zu einträglichen Spekulationsgeschäften gehalten. Als im Januar der Dollar 50 000 Mk. kostete und sie mit guter Nase witterten, daß die Reichsregierung eingeleitet werde, verkauften sie die Devisen, mit denen sie sich bestens versorgt hatten. Später, als man einen Dollar für 18 000, 19 000, 20 000 Mk. bekam, kauften sie wieder ein. Für einen Dollar aus den Januar-Tagen (50 000 Mk.) erhielten sie im Februar oder März 2 1/2 Dollar (1 Dollar = rund 20 000 Mk.).

Die schädlichen Voraussetzungen für ein Festbleiben des Marktkurses wurden von Tag zu Tag ungünstiger. Aus Ruhrgebiet flossen Milliardenbeträge, mit denen die Industrie unterstützt, die Durchhaltensimmung aufrechterhalten wurde. Diese Milliardenbeträge waren gewissermaßen verlorenes Geld; da infolge der französisch-belgischen Maßnahmen die Industrie nicht ausführen und nur in beschränktem Umfange produzieren konnte, wurden keine Gegenwerte geschaffen, mittels denen die Reichszuschüsse wirklich zu decken waren. Vom Ausland wurden Kohlen, Eisen, Nahrungsmittel für das unbesetzte Gebiet bezogen. Das verschlechterte unsere an und für sich passive Zahlungsbilanz neuerdings; unsere Auslandverschuldung wuchs. Das Steueraufkommen ist gering. Die besitzenden Kreise geben dem Reiche nur lächerliche Beträge. In der Reichskasse war mithin Ebbe; das Reich griff mit einer geradezu banghängenden Großzügigkeit wieder zu dem Auskunftsmitel der Notenpresse. Täglich wurden durchschnittlich 100 Milliarden Noten neu gedruckt. Wer in Wirtschaft- und Finanzfragen Bescheid weiß, mußte sich sagen, daß diese Schulden- und Inflationspolitik mit furchtbarer Zerrüttung der Marktwährung enden muß. Mag auch die Reichsbank einige Zeit unter Anwendung finanztechnischer Kunstgriffe die Katastrophe hinauszögern; eines Tages muß sie unauhaltsam hereinbrechen. Als daher das Reich keine Dollaranleihe ausrichtete, zeichnete niemand. Durch die Dollaranleihe hätte die Reichskasse mit Devisen aufgefüllt werden sollen, damit noch weiterhin das Reich Mittel habe, das hinauszurollen des Dollars zu verhindern. Das Reich bekam die Mittel nicht; die Industrie verlor ihm den „Dolchstoß“. Die Industrie verlor sich dem Reich auch schon um dessentwillen, weil ihr der Stillstand des Marktkurses allmählich unbehaglich geworden war. Sie konnte keine Valutagewinne und Exportprämien mehr einheimen; die Preise der deutschen Waren standen über Weltmarktpreisen. Es war Zeit, daß um des guten Geschäftes willen die Mark' einen neuen Sturz erlebe. Mit Mitteln der Ruhrhilfe, mit Reichszuschüssen, mit Krediten der Reichsbank kaufte die Industrie Devisen zusammen. Die Devisennachfrage nahm gewaltig zu. Die Reichsbank konnte dieser Nachfrage nicht mehr standhalten, wollte sie nicht ihre letzten Devisenreserven und ihren letzten Goldbarren verpulvern. Sie mußte ihre „Intervention“, ihr Eingreifen aufgeben und die Dinge sich selbst überlassen. Dem Reich war der Atem ausgegangen. Die künstlichen Dämme waren geborsten. Das Geschwäh von einer „veränderten Interventionstaktik“, das jetzt wie auf eine Anweisung von oben her die gesamte bürgerliche Presse erfüllt, ist Schwindel und blauer Dunst. Mit diesem Geschwäh soll der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut werden, daß sie das Unheil, das herannahet, nicht in seiner ganzen Größe und Schwere erfährt. Gewiß, die Reichsregierung macht Verluste, das Allerschlimmste für den Augenblick noch zu verhindern. Sie will die Einfuhr droffeln (wahrscheinlich sollen elliche Luxuswaren weniger eingeführt werden, bis die Klagen der Verbraucher an Luxuswarengeschäft sie wieder anderen Sinnes machen werden), sie will die Anmeldepflicht für Devisenbesitz verordnen (woran sich wenige Devisenbesitzer freuen werden). Aber schon die Zentralisierung des Devisenhandels will sie nicht; diese Maßnahmen würden dem Besitz und der Spekulation bereits zu wehe tun.

Wenn die Reichsregierung die Bewegung des Marktkurses noch in erträglichen Grenzen halten will, so tut sie das, weil sie empfindet, wie ein Marktkurz ins Bodenlose jetzt die bedingungslose Kapitulation Deutschlands vor Frankreich zur Folge haben müßte. Es ist gewissermaßen eine dringliche Kriegsmassnahme, den Dollar gegenwärtig nicht über 30 000—35 000 Mk. steigen zu lassen. Dauern die Schwankungen der Mark' wird auch die Intervention der Reichsbank freilich trotz alledem jetzt nicht mehr verhindern können.

Der Marktzusammenbruch war ein kräftiger Wink für die Reichsregierung. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Der Ruhrkonflikt muß bereinigt werden. Die Arbeitererschaft aber muß dabei ihre Kräfte zusammenfassen, um dafür Sorge zu tragen, daß diese Bereinigung nicht auf ihre Kosten geschieht.

Geld stinkt nicht!

Der Prozeß gegen Road und Genossen in Sachen der Geschäftsmanipulation der Außenhandelsstelle für Papierwirtschaft hat die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit dieser öffentlich-rechtlichen Organe gelenkt. Scharfe Kritiken sind geübt worden. Diese Kritiken sollten sich nicht nur gegen die Außenhandelsstellen an sich, sondern auch, und zwar in weitestem Maße, gegen die ausschließlichen Ministerien wenden. Es ist einfach unerhört, wie wenig Energie die Ministerien aufwenden, um an die Spitze der Außenhandelsstellen als Reichsbevollmächtigte Leute zu bringen, welche von vornherein durch ihre bisherige Berufsstellung und ihre wirtschaftspolitische Einstellung Garantie dafür bieten, daß die spezifischen Unternehmerinteressen den Gemeininteressen nicht vorangestellt werden. In der Außenhandelsstelle für Textilwirtschaft scheiterte im vorigen Jahre der Versuch, den früheren preußischen Finanzminister Lüdemann als Reichsbevollmächtigten an die Spitze der Stelle zu bringen, obwohl Lüdemann von der Mehrheit des Hauptausschusses in Vorschlag gebracht war. Der Minister lehnte es ab, Lüdemann bestätigen zu lassen, weil die Unternehmer sich einmütig gegen ihn erklärten und die Textilarbeiterverbände auf das selbstverständliche Verlangen, einen Textilarbeitergewerkschaftler als Stellvertreter zu erhalten, nicht verzichteten. An Lüdemanns Stelle wurde auf Vorschlag der Unternehmer ein Geheimrat vom Ministerium akzeptiert. So haben wir heute den unerhörten Zustand, daß in den 10 Stellen, welche die Außenhandelsstellen für die Textilindustrie erbligen, nicht ein einziger Sozialist als Leiter fungiert. Sämtliche Leiter sind anders orientiert, desgleichen die subalternen Angestellten. Das Ministerium wird lange warten können, bis die Unternehmer der Textilindustrie eine Sozialisten als Leiter schluden. Sozialistische Minister sollten in solchen Fragen, in denen doch nur sie und nicht das Gesamtkabinett im parlamentarischen System zu bestimmen hat, die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß diese Verwaltungsförpser mit Leuten durchsetzt werden, denen auch die Arbeitererschaft Vertrauen entgegenbringen kann und welche die Gewähr bieten, daß Vertretungen einseitiger Unternehmerinteressen nicht in Frage kommen. Damit soll durchaus nicht die Ausschaltung anders gerichteter Personen befürwortet werden. Das parlamentarische System gibt diese Möglichkeiten. Nur gehört rücksichtsloses Wollen und etwas Energie dazu. Auch ein Kampf mit den Unternehmern oder Opferung des Amtes darf nicht zurücktreten. Arbeiterinteressen sind in fast allen Fragen, welche die Außenhandelsstellen zu bearbeiten haben, identisch mit Gemeininteressen. Es ist ein skandalöser Zustand, daß in diesen Außenhandelsstellen als Geschäftsführer gegen hohes Gehalt Leute tätig

sind, die gleichzeitig noch als Syndizist wirtschaftlicher Unternehmerverbände fungieren und selbstverständlich auch für diese Tätigkeit Gehalt beziehen. Die Leute sind in Doppelstellung und beziehen doppeltes Gehalt. Selbstverständlich müssen da die Interessen der Allgemeinheit leiden. Schon seit Jahresfrist ist von den Arbeitern in der Außenhandelsstelle für Textilwirtschaft auf diese unwürdigen Zustände hingewiesen und Beseitigung verlangt worden. Aber die Herren regen sich nicht, sie bleiben weiter tätig in ihrer Doppelstellung. Die Reorganisation der Außenhandelsstelle kommt nicht vom Fleck, die Jahre schwinden und als Unternehmer Syndizist wälten sie ihre Nemter gegen hohe Bezahlung in den Außenhandelsstellen zum Schaden der Gesamtheit. Geld stinkt nicht.

Die Wucherbekämpfung im Jahre 1922.

Der Reichsminister der Justiz hat dem Reichstag eine Uebersicht über die Tätigkeit der Wuchergesetze über das Kalenderjahr 1922 vorgelegt. Diese Wuchergesetze wurden durch Verordnung vom 27. November 1919 eingeführt; sie sind Sondergesetze und sind für die Bezirke der einzelnen Landgerichte zur schleunigen Aburteilung der Verbrechen und Vergehen des Schleihhandels, der Preistreiberi, der Höchstpreisüberschreitung, der unerlaubten Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und der unerlaubten Ausübung des Handelsgewerbes eingeführt. Die Wuchergesetze sehen sich aus drei Berufsrichtungen und zwei Schöpfen zusammen; von den beiden Schöpfen soll der eine dem Kreise der Verbraucher, der andere dem Kreise der

Der Adel, sagen die Vornahmen, ist ein Vermittler zwischen dem König und dem Volk. Gewiß, so wie der Jagdhund ein Vermittler ist zwischen dem Jäger und dem Hasen.

Nicolas Chamfort.

Erzeuger oder der Handeltreibenden entstammen. Der Beschuldigte kann wegen Fluchtverdachts in Untersuchungshaft genommen werden; mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten kann das Wuchergesetz auch dann verhandelt und entschieden, wenn sich in der Hauptverhandlung herausstellt, daß die Zuständigkeit des Wuchergesetzes nicht gegeben ist. Gegen die Urteile des Wuchergesetzes gibt es kein Rechtsmittel; es ist weder eine Berufung noch eine Revision zulässig. Die Milderkeit des Wiederaufnahmeverfahrens ist indes vorgesehen; es findet statt, wenn der Beurteilte neue Tatsachen und Beweismittel vorbringt, die eine Nachprüfung angezeigt erscheinen lassen. Der Strafrahmen, innerhalb dessen die Wuchergesetze entscheiden können, ist sehr weit; es sind Gefängnisstrafen und Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren vorgesehen. Neben diesen Freiheitsstrafen ist die Nebenstrafe der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zulässig; ebenso kann auch als Haupt- oder Nebenstrafe auf Geldstrafen bis zum Betrag von fünfhunderttausend Mark erkannt werden.

Auf Grund dieser Verordnung wurden im Jahre 1922 anhängig gemacht: in Preußen 10 443 Verfahren, in Bayern 1058, in Sachsen 361, in Württemberg 1405, in Baden 152, in Thüringen 73, in Hessen 5, in Hamburg 470, in Rheinland-Pfalz 26, in Anhalt 5 und in Lippe 1.

In den übrigen Ländern wurden 1922 keine Verfahren eingeleitet. Im ganzen Reichsg. viel wurden 13 919 Verfahren in Gang gebracht. Vor die ordentlichen Gerichte wurden davon im Reichsgebiet 573 Fälle verwiesen; Geldstrafen wurden 5772 verhängt, Gefängnisstrafen 1689, davon 55 von einem Jahr und darüber. In Zuchthaus wurden 20 Personen verurteilt (und zwar alleamt in Preußen); die bürgerlichen Ehrenrechte wurden in 45 Fällen aberkannt. Es fanden außerdem 56 Wiederaufnahmeverfahren statt; davon endeten 51 mit Freisprechung, der Rest mit erneuter Beurteilung.

Im allgemeinen ist man wohl berechtigt zu sagen, daß diese Wuchergesetze eine ganz brauchbare Waffe darbieten würden, daß sie aber doch nur im Kampfe gegen die „Leinen Lumpen“ angewandt werden. Die Syndikate und Konzerne, die wirtschaftlich starken Preistreiber und geschäftsüberleitenden Exporteure brauchen Befestigungen durch die Staatsanwaltschaft nicht zu fürchten. Erst jüngst ergab sich im Verlaufe des Papierwuchersprozesses, daß schwere Verbrechen im Sinne der Wucherordnung, die mit Zuchthausstrafe bedroht sind, zu keinem Verfahren führten, als sie von kapitalkräftigen Firmen begangen worden waren. Gewiß soll und muß man den kleinen Schleihhändlern und Wuchern auf die Finger sehen; solange jedoch das wucherische Geschäftsgebahren mancher Syndikate ungehindert bleibt, ist die gesamte Wucherbekämpfung lediglich eine schöne Geste, die nach etwas aussieht, ohne doch in der Tat irgend etwas zu sein.

Leitsätze zur Förderung der Unfallverhütung an Textilmaschinen.

II.

Maskinen der Weberel.

Bei allen Webstühlen, welche mehr als 70 Schuh (Loren) in der Minute machen, muß eine geeignete wirksame Schließensangvorrichtung angebracht sein.

An Jacquardstühlen sind die Hebel (Zugstangen) so zu sichern, daß sie bei Lösung der oberen Verbindungsstelle oder Bruch nicht umfallen können.

An den Zettel-, Scher- und Aufbaumaskinen sind zum Belasten der Walzen Metallhaken oder -ösen für das Auffängen der Gewichte anzubringen.

Maskinen der Färberei, Bleicherei, Druckerel und Appretur.

Außerhüher, Schlicht- und Trodentrommeln oder die Dampfzuleitung zu den Trommeln müssen, wenn gespannter Dampf zur Verwendung kommt, mit zuverlässigem Sicherheitsventil und Manometer versehen sein. Die genannten Vorrichtungen müssen einer behördlichen Prüfung unterzogen sein.

Langschermaskinen.

Soweit die Schneidzeuge nicht schon durch die Bauart eingebettet sind, müssen sie Schutzvorrichtungen haben, die nur bei Stillstand der Maskinen geöffnet werden können und ein Einrücken der Maschine nur zulassen, wenn sie (die Schutzvorrichtungen) geschlossen sind. Zur Verhinderung, daß Arbeiter an den Scherzylinder gelangen können, sind Vorrichtungen anzubringen. Bei Kalandern muß durch Schutzvorrichtungen dafür gesorgt werden, daß der Arbeiter nicht zwischen die Walzen geraten kann. Die Einkaufsstellen der Palmerketten sind zu decken.

Waschmaschinen.

Die Laufräder der Wagens sind so zu verkleinern, daß die Arbeiter nicht zwischen Laufräder und Laufbahn greifen oder treten können.

Plättmaskinen.

Schutzleisten oder andere Schutzvorrichtungen müssen verhindern, daß der Arbeiter zwischen die Walzen bzw. zwischen Walze und Walde gerät.

Maskinen der Strickerel.

Die Haupt-(Erzenter-)Welle ist so zu schützen, daß die Fädlerin oder Aufpasserin beim Bedienen der Maschine nicht erfasst werden kann.

Maskinen der Spinderel.

Die Gegengewichte an den Schiffenstichtmaskinen müssen außer an der Zugsnur noch an einer Sicherheitschnur befestigt sein, damit sie nicht herabfallen können.

Schleudermaschinen (Zentrifugen).

Die Bremsvorrichtung muß kräftig wirken, Eingriffstellen müssen sich Schutzvordecken versehen sein, der Raum zwischen Mantel und Laufstrommel muß abgedeckt sein. Der Mantel soll aus Schmiedeeisen oder Stahl sein, ist er aber aus Gusseisen, so muß er mit außereisernen Bändern umgeben sein. Alle Schleudermaschinen müssen ihre Umdrehungszahl und die höchste zulässige Belastung bei voller Umdrehung angeben, auch einen solchen Deckel mit solchem Verschluss haben, der nur bei Stillstand der Maschine geöffnet werden kann. Die Maschine darf sich nicht in Betrieb setzen lassen, bevor der Deckel fest geschlossen ist.

Für die Maschinellieferer.

Die zur Zeit der Bestellung von den Berufsgenossenschaften vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen sind vom Hersteller mitzuliefern und in den Preis einzuschließen. Die Montage sind seitens der Fabriken auf die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften hinzuweisen. Diese sind auch bei Lieferung von Rekonstruktionen von Maskinen mit zu beachten und die Schutzvorrichtungen sind mitzuliefern, was übrigens auch schon bei Ausbesserungen von Maskinen geschehen soll. Auf Ausstellungen sollen diese nur mit den Schutzvorrichtungen gezeigt werden.

Für Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften.

Die Berufsgenossenschaften haben den Fachverbänden des Maschinenbaues fortlaufend Bericht zu erstatten, in welchem Umfange und an welchen Gefahrstellen der von ihnen hergestellten Maskinen sich die Unfälle ereignen. Den Gewerkschaften sind solche Unfallvorgänge bekanntzugeben, die eine fahrlässige bzw. verbotswidrige Handlungsweise der Versicherten in solchem Maße erkennen lassen, daß sie von den Gewerkschaften zur Mitwirkung an der Unfallverhütung verwendet werden kann. Von den Gewerkschaften ist auf die Versicherten so einzuwirken, daß sie mehr und mehr sich gewöhnen, die Unfallverhütungsvorschriften genau zu beachten.

Die Berufsgenossenschaften sind in ihren Unfallverhütungsbefreiungen durch Vermittlung der aus der Praxis stammenden Verbesserungsvorschläge für den Unfallschutz zu unterstützen.

Nochmals: „Die Rote Fahne“ und der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

In Nr. 15 des „Textilarbeiters“ nagelten wir die „Rote Fahne“ fest, weil sie in einem Artikel in Nr. 75 fälschlicherweise behauptete, daß die Beiratsfugung in München einen Beschluß gefaßt habe, der die Aufhebung des Verbandstages in diesem Jahre bedeutete. Ferner behauptete die „Rote Fahne“ noch, der Vorstand habe sich auf den Boden dieses Abstimmungsresultats gestellt. Wir haben demgegenüber festgestellt, daß die Behauptungen der „Roten Fahne“ unwarhaft sind, daß sie sich die Behauptungen aus den Fingern geflogen habe, und gesagt, wir könnten nicht gut annehmen, daß das Beirats- und Vorstandsmittglied Kollege Blum der „Roten Fahne“ diesen unwarhaften Bericht zugestellt habe. In Nr. 86 der „Roten Fahne“ verliert diese nun in einem Artikel ihre alten Behauptungen aufrechtzuerhalten. Sie fügt noch hinzu, daß sie durchaus zuverlässige Mitteilung von anderer Seite über die Beiratsfugung erhalten habe. Wir wollen demgegenüber nochmals kurz feststellen, daß der Beiratsbeschluß dahingehend lautete, daß der Verbandstag der Textilarbeiter dieses Jahr stattfinden und daß sich ferner der Vorstand nicht auf den Boden des Abstimmungsresultates gestellt hat, sondern alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um den Beschluß, den Verbandstag in diesem Jahre nicht abzuhalten, rückgängig zu machen. Da wir annehmen, daß der „Roten Fahne“ inzwischen auch von anderer Seite dahingehend berichtet worden ist, daß ihr Bericht in Nr. 75 nicht den Tatsachen entspricht, so wäre es jedenfalls von der „Roten Fahne“ richtiger gewesen, sie hätte diese Unwarheiten berichtigt, anstatt daß sie nun schreibt: „Die Antwort des „Textilarbeiters“ auf unseren Artikel ist wieder einmal ein klaffendes Beispiel für die Denkwiese der Gewerkschaftsbureaokratie.“ Sind das närrische Kerle, die die „Rote Fahne“ redigieren. Sie behaupten Unwarheiten und wollen sich dann, wenn ihnen dieses nachgewiesen wird, damit herauswinden, daß dies mit der Denkwiese der Gewerkschaftsbureaokratie zusammenhänge.

Bei einer Vorstandssitzung, die vor einigen Tagen stattfand und zu welcher auch die kommunistischen Vorstandsmittglieder angewandt waren, wurde einstimmig dokumentiert, daß der Bericht der „Roten Fahne“ unwarhaft ist. Am Schlusse ihres neuesten Artikels schreibt die „Rote Fahne“: „Die Generalversammlung muß bestimmt in diesem Jahre noch stattfinden, läßt der Hauptvorstand verkünden. Warum denn nicht am 25. Juni, der doch schon festgelegt war, und wann soll der Verbandstag denn stattfinden? Auf diese Frage erworten die Mitglieder Antwort.“

Wenn die komischen Kerle in der „Roten Fahne“ neugierig sind, und etwas wissen wollen, dann sagen sie: die Mitglieder wollen es wissen! Nur gut, daß wir die Herrschaften von der „Roten Fahne“ kennen. Der „Roten Fahne“ geben wir in dieser Richtung keine Antwort. Die Redaktion der „Roten Fahne“ muß sich schon gedulden, bis die neuere offizielle Ausschreibung des Verbandstages stattfindet. Hoffentlich schnappt sie infolge ihrer unbefriedigten Wüßbegierde nicht über.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet Ende März 1923.

Die neu gewonnenen Zahlen zeigen eine weitere Verschlechterung des Beschäftigungsgrades an. Zwar ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder etwas kleiner geworden, in bedeutend stärkerem Maße ist jedoch die der Kurzarbeiter gewachsen. Die Verschlechterung ist nicht mehr so sprunghaft gewesen wie im Monat vorher, so daß zu hoffen ist, daß die Krise jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat.

Als-völlig arbeitslos wurden 5204 = 2,3 Proz. der männlichen und 2027 = 4,5 Proz. der weiblichen, zusammen 25 461 Mitglieder = 3,8 Proz., gemeldet. Im Vormonat waren 3,5 Proz. der männlichen, 5,4 Proz. der weiblichen, 4,8 Proz. aller erfaßten Mitglieder arbeitslos.

Die Zahl der Kurzarbeiter betrug in der Woche vom 26. bis 31. März 125 204 männliche = 56,2 Proz. und 230 805 weibliche = 50,9 Proz., zusammen 356 009 = 52,7 Proz. der Verbandsmitglieder. Im Vormonat arbeiteten 45,4 Proz. der männlichen, 43,1 Proz. der weiblichen, 43,9 Proz. aller Mitglieder verkürzt.

Kurzarbeitertabelle für Ende März 1923.

Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um	Zahl der		Auf das Hundert der Kurzararbeitenden Mitglieder ergeben sich		
	Se-triebe	kurzar-beitenden Mit-glieder	im Ver-richts-monat	Ende Februar	Ende Januar
1—8 Stunden . . .	796	87 758	24,6	31,4	33,6
9—16 . . .	1143	115 561	32,5	29,2	31,7
17—24 . . .	1613	115 900	32,8	26,4	28,5
25 u. mehr . . .	529	86 790	10,3	13,0	6,2
	4088	356 009	100	100	100

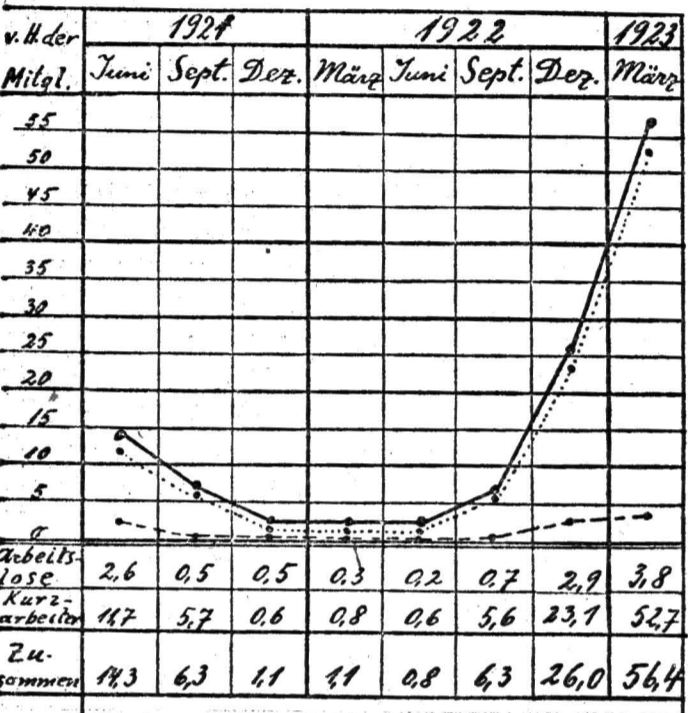
Konnten wir im Bericht des Vormonats noch schreiben, daß von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zusammenge-

(Die Zahlen sind auf Hundert der Verbandsmitglieder berechnet.)

Table with 4 columns for years 1920, 1921, 1922, 1923 and 3 rows for Arbeitslose, Kurzarbeiter, and Summen.

Vierteljahresweise-Darstellung für die letzten zwei Jahre.

--- Arbeitslose, Kurzarbeiter, Zusammen.



Nach Gauen getrennt ergibt sich für Ende März folgendes Bild:

Table with 6 columns: Gau, Berichtende, Auf das Hundert der berichtenden Mitglieder kamen, and 4 rows for different regions.

Der Bericht umfaßt 94,3 Proz. der Verbandsmitglieder. Von den größeren Filialen sind nicht erfasst worden Krefeld, Grefrath (Gau Bayern) und Lörrach (Gau Stuttgart), weil die Berichtskarten entweder gar nicht oder zu spät eingingen.

Jugend.

Lauban. Unsere Jugendabteilung veranstaltete eine recht gelungene Märzfeier. Kollege Friese hielt die Festansprache, in der er den 48er Sieg des Volkes in schwingenden Worten feierte und die Jugend ermahnte, ihm nachzueifern und das damals begonnene Werk mit dem Siege des Sozialismus zu vollenden.

Bücherecke.

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887. Von Eduard Bellamy. Uebersetzt von Clara Zetkin.

Schon Tausende von Arbeitern haben den Traum Bellamys mitgeträumt, diesen Traum, der sie in eine Zeit versetzt hat, in der die ersehnte sozialistische Gesellschaftsordnung die bestehende Ordnung ist.

Der Ausweg. Erzählung von E. Preczang. Ein Arzt, der inmitten einer Arbeiterbevölkerung lebt, findet den Weg zum Sozialismus.

Soziale Rundschau.

Die Erwerbslosenunterstützung.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat Veranlassung gegeben, daß der Reichsarbeitsminister die Bestimmungen über den Bezug von Erwerbslosenunterstützung in einigen Punkten gemildert hat.

Ueber die Höhe der Unterstützungsätze finden zurzeit Verhandlungen statt. Es ist also mit weiterer Erhöhung in den nächsten Tagen zu rechnen.

Änderung von Geldbeiträgen in der Unfallversicherung.

Die 3. Verordnung über Erhöhung von Zulagen und Geldbeiträgen in der Unfallversicherung vom 28. März 1923 (R.G.B. I Nr. 24 S. 224) bringt eine weitere Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung.

- a) bei Verletztenrenten von 3 1/2 bis unter 50 Proz. 1. für männliche landwirtschaftliche Arbeiter ... 567 000 M.

Durch § 2 des Gesetzes wird die Jahreseinkommensgrenze, von der die Verpflichtung und Berechtigung der Betriebsbeamten ufm. abhängig ist, von 1 200 000 M. auf 8 400 000 M. erhöht.

Die Drittelungsgrenze wird von 360 000 M. auf 2 400 000 M. erhöht, der Betrag des Sterbegeldes von 30 000 M. auf 200 000 M.

Bisher waren die Renten, die nicht höher als 6000 M. im Jahre, in wertefälligen Beträgen voranzuzahlen. Jetzt ist diese Vorfrist auf Renten bis zu 60 000 M. im Jahre ausgedehnt worden.

Die Verordnung ist am Tage der Verkündung, dem 1. April 1923, in Kraft getreten. Die Erhöhung der Zulagen gilt für die Zeit nach dem 28. Februar 1923, die Drittelungsgrenze und Sterbegeld-erhöhung für alle Unfälle nach dem 31. März 1923 mit der Maßgabe, daß bei Berechnung der Leistungen auch die vor dem Inkrafttreten der Verordnung bezogenen Entgelte nach den neuen Vorschriften berücksichtigt werden.

Berichte aus Fachreisen.

Breslau. Die Tapissierbranche (Hand- und mechanische Sticker) feierte im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses ihr 3. Stiftungsfest.

Das Fest wurde eingeleitet mit einem Prolog, welcher von einer Kollegin vorgelesen wurde. Der Schluß des Prologs mag allen Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben:

„Bereinigt euch! ... O großes Zauberwort! Wem magst du heute, heute noch nichts gelten? Es pflanzt sich jubelnd wie ein Echo fort und stürzt die alten, baut die neuen Welten. Es riß uns aus des Alltags grauer Not und warf uns das helle Freudenblüten, und, wenn wir wollen, wird uns bis zum Tod der Kameradschaft treuer Geist behüten.“

Es wurden ferner Lieder zur Laute, „Schlesische Gedichte“ und ein Schwank aufgeführt, alles von Mitgliedern der Branche, was den Beifall aller Anwesenden auslöste. Die gestifteten Geschenke, welche meistens Artikel der Branche waren, lösten die größte Freude aus bei den glücklichen Gewinnern.

Langenbielau. Am 12. April tagte hier bei Dinter die Quartals-Generalversammlung unserer Verbandsfiliale. Die Erschienenen konnten nicht alle Platz finden. Kollege Leuchtenberger gab den Kassenbericht. Dann sprach über Kurzarbeit in der Textilbranche und die Auszahlung von Kurzarbeiter-Unterstützungen Kollege Lang. Dieser Redner zeigte die Bemühungen zur Verbesserung der Einrichtung, dabei auch ihren Ursprung erörternd.

Briefkasten.

Mag Jacob, Reichenau bei Zittau. Der Verband der Hausangestellten ist in den Transportarbeiterverband übergegangen, von dem sich dort wohl eine Filiale befinden wird.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 29. April, ist der 17. Wochenbeitrag fällig.

Caut Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Stichtag ist Sonnabend, der 28. April. Einzusenden ist eine genaue Karte, die mit 40 Mark (als Postkarte) frankiert werden muß.

Nur solche Arbeitslosen und Kurzarbeiter sind zu zählen, die Mitglieder unseres Verbandes sind.

Mitglieder, die sich krank gemeldet haben, werden in die Arbeitslosenstatistik nicht aufgenommen.

Adressenänderungen.

Gau Cassel. Schlotheim. K: Arthur Wille, Oststr. 49. Alle Briefe an diesen.

Gau Stuttgart. Ebingen. V: Albert Guggel, Eberhardstr. 1. Briefe an diesen. K: Reinhold Bonfer, Eberhardstr. 1, Geschäftsführer.

Oberachern. V und K: Josef Striebel, Mösbach, Amt Achern.

Gau Augsburg. Schwaig. K: Georg Seidl.

Weiler (Allgäu). V: Ludwig Reichart, Bremenried b. Weiler. Weihenstadt. K: Adam Stöhr, Poststr. 357.

Gau Dresden. Schönbach. V: Gustav Henkel, Nr. 244. K: Reinhold Israel, Nr. 65.

Zwickau. V: Heinz Schmehm, Richtentanne, Amtsch. Zwickau, August-Bebel-Str. 5.

Gau Clegnitz. Friedberg/Du. V: Adolf Grimm, Röhrsdorf (grf.) bei Friedberg/Du., Spinnererei.

Gau Berlin. Dörschleben. (Neu.) V: Johann Bödel, Halberstädter Str. 63. K: Hermann Höhne, Magdeburger Str. 32.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen. Leobschütz. Sonnabend, den 5. Mai, im Volkshaus, Coseker Str. 6.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder. Augsburg. Falta; Thyroff; Schmitt. Berlin. Gustav Wende; Luise Berg.

An die Ortsverwaltungen!

Eine Anzahl Ortsverwaltungen haben den von uns am 15. März verschickten Fragebogen zur Erhebung über Betriebsabbrüche und -stilllegungen in der Textilindustrie noch nicht wieder eingeschickt. Da es sich um Feststellungen handelt, die keine lange Zeit in Anspruch nehmen, war die Zeit zur Ausfüllung — bis zum 7. April — reichlich bemessen.

Gleichzeitig erinnern wir an die Berichterstattung über die Wahl der Betriebsräte. Die Fragebogen sind allen Ortsverwaltungen zugegangen. Wo die Wahlen erledigt sind, muß ungehäumt an den Vorstand berichtet werden.

Wir geben ab.

solange der Vorrat reicht:

- Kurt Grottelwiz: „Sonntage eines Großstädtlers in der Natur“, broschiert, anstatt 1875 M. 1200 M.
- Dr. John Schikowski: „Sitten und Charakterbilder aus der Französischen Revolution“, stark broschiert, anstatt 2500 M. für 1600 M.
- Prof. Grotjahn: „Das Gesundheitsbuch der Frau“, illustriert und gebunden, anstatt 6250 M. für 4000 M.
- E. Preczang: „Der Ausweg“, Erzählung, broschiert, anstatt 2500 M. für 1600 M.
- Eduard Bellamy: „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000“, gebunden, anstatt 3750 M. für 2400 M.
- Ed. Bernstein: Die Deutsche Revolution, kart., kostet jetzt 1800 M.
- Witt. Mann: Aufrubr, vergriffen.
- Th. Storm: „Der Schimmelreiter“, jetzt 3300 M.
- Ungarn: „Novellenbuch“, vergriffen.

Es empfiehlt sich, von dem außerordentlich günstigen und seltenen Angebot schnell Gebrauch zu machen.

Deutscher Textilarbeiterverband, Berlin O., Magazinstr. 6/7. Abteilung Bücherverband.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 27. April

Verlag: Razi Büchsch in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Bressel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!